



## Thomas Jurk

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der Landesgruppe Sachsen

### Deutscher Bundestag

Thomas Jurk MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-73628

Fax: (030) 227-76628

E-Mail: [thomas.jurk@bundestag.de](mailto:thomas.jurk@bundestag.de)

[www.thomas-jurk.de](http://www.thomas-jurk.de)

Thomas Jurk MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

### **Aktueller Bericht aus Berlin vom 1. März 2018**

In der letzten Sitzungswoche haben die ersten regulären Ausschusssitzungen stattgefunden. Wichtigstes Thema im Plenum war die Aussprache zur Regierungserklärung der Kanzlerin zum Europäischen Rat, der am 23. Februar informell tagte. Dabei haben die Vertreter unserer Fraktion deutlich gemacht, dass wir die Handlungsfähigkeit der EU stärken und das Wohlstandsversprechen für alle erneuern wollen. Dazu brauchen wir mehr Investitionen in Arbeit und Ausbildung, eine Stärkung der sozialen Mindeststandards, eine konsequente Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Darüber hinaus wurde abschließend das ERP-Wirtschaftsplangesetz für 2018 beraten, da ein weiterer Aufschub die kontinuierliche Bereitstellung der ERP-Mittel verzögert hätte. Damit können nun insbesondere mittelständische Unternehmen 2018 zinsgünstige Finanzierungen aus ERP-Programmen der KfW mit einem Volumen von 6,75 Mrd. Euro erhalten.

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag den ersten Untersuchungsausschuss der laufenden Wahlperiode eingesetzt. Dieser soll zur gründlichen Aufklärung des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 beitragen. Er soll sich insbesondere ein Gesamtbild zum Attentat verschaffen und dabei das Handeln der Bundesbehörden, ihre Kooperation mit Landesbehörden sowie mit europäischen und ausländischen Stellen auf mögliche Versäumnisse untersuchen. Außerdem haben wir in einem gemeinsamen Antrag mit der Union die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, sich nachdrücklich für die weitere Umsetzung des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) einzusetzen und sich der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent entgegenzustellen. Der INF-Vertrag verpflichtet die USA und alle Nachfolgestaaten der UdSSR zur vollständigen Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen. Dadurch war es möglich, dass auch Tausende von atomaren Kurzstreckenwaffen aus Europa abgezogen werden konnten. Es liegt im Interesse Deutschlands, den INF-Vertrag und die Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur insgesamt zu erhalten und weiter zu festigen, wofür wir uns einsetzen.

Am Dienstag wählte die Fraktion die Mitglieder des erweiterten Fraktionsvorstands. Unser Landesgruppenmitglied Daniela Kolbe wird diesem weiterhin angehören.